

Der Friede lässt auf sich warten

Nach dem Aus für den „Stäblistraßen-Durchstich“ sind Befürworter und Gegner weiter uneins

„Komödienstadel“, „Unverschämtheit“ – mit solchen und ähnlichen Kommentaren reagierten viele Bürger auf die Sondersitzung des Bezirksausschuss 19 (BA) zum Thema „Durchstich Stäblistraße“.

Wie berichtet, ist das Projekt vom Tisch, jetzt geht es um Alternativen. Einige der Beschlüsse, die das Gremium – zumeist mit den Stimmen von SPD und FDP – an dem Abend fasste, lösten große Empörung aus. Der von vielen erhoffte Friede im Stadtteil lässt noch auf sich warten.

Für Erleichterung sorgte immerhin, dass der BA sich fast geschlossen hinter den Beschluss des Stadtrates stellte. Dieser hatte entschieden, gegen den ablehnenden Bescheid der Regierung von Oberbayern keine Rechtsmittel einzulegen, und die Verwaltung beauftragt, Alternativen zu erarbeiten. Das Stadtteilgremium zurte jetzt Ergänzungen fest. Ein südlicher Autobahnring oder eine Verlängerung der Züricher Straße seien keine Option. Unabhängig von dem verkehrspolitischen Gesamtkonzept, das bis Ende 2013 vorliegen soll, müsse es stattdessen verkehrsberuhigende Sofortmaßnahmen

geben. Der BA beantragte unter anderem eine Pfortnerampel am Neurieder Kreisel. Anvisiert ist dabei, die Liesl-Karlstadt-Straße bei Staugefahr vorübergehend zu sperren. Positiv für die Stadtteilbewohner: Für sie wird es eine Bürgerwerkstatt geben, spätestens vor der Bürgerversammlung im April 2014.

Der BA kündigte außerdem eine Einwohnerversammlung zu dem Thema an und beantragte eine elektronische Informations- und Diskussionsplattform für die Öffentlichkeit. Auch bei anderen Punkten herrscht Einigkeit. Unstrittig ist, dass am Neurieder Kreisel etwas passieren muss, und zwar schnell, sowohl Bürger als auch der BA wollen das. Langfristig sollen an der Anschlussstelle der A95 bauliche und verkehrslenkende Lösungen realisiert werden, die bewirken, dass weniger Fahrzeuge in die staugeplagte Liesl-Karlstadt-Straße einbiegen.

Andere Forderungen dagegen lösten nicht nur Kopfschütteln aus – sondern auch Wut. Hauptgrund war ein „Prüfungsantrag“ der „Freunde des Ortskernes Forstenried“. Der Verein hatte den Durchstich stets vehement be-

fürwortet. Er listete verschiedene Ansätze auf, die von den Referaten auf Effektivität und Durchsetzbarkeit geprüft werden sollen. Darunter auch unpopuläre wie die Komplettsperrung der Liesl-Karlstadt-Straße für den Autoverkehr in beiden Richtungen. Oder die Öffnung von Seitenstraßen. Gerade letzteres ließ vielen Bürgern die Haare zu Berge stehen. Wieder mehr Verkehr in den Wohngebieten? Hannelore Prechtel, die nicht nur für die SPD-Fraktion im BA sitzt, sondern auch Vorsitzende des Vereins ist, versuchte es so zu erklären: Man sei ebenfalls der Meinung, es handle sich um keine guten Lösungen. Trotzdem müsse die Stadt jetzt auch solche Ansätze prüfen. Als Heuchelei empfand das der Fraktionssprecher der Grünen, Alexander Aichwalder. Er sprach aus, was viele dachten: „Sie fangen schon wieder an, Gräben aufzureißen“, kritisierte er die Ortskernfreunde. Diese brächten, verbittert über die Niederlage, nun erneut Varianten ins Spiel, die mehr Verkehr anziehen. „Das ist im besten Fall zynisch“, so Aichwalder. Es entstehe der Eindruck, dem Verein gehe es um etwas anderes:

Zu suggerieren, alle Alternativen seien schlecht, um durch die Hintertür doch noch den Durchstich zu bekommen.

Die Mehrheit des BA sah es anders, vor allem SPD und FDP votierten dafür, auch die Öffnung von Seitenstraßen als Alternative zu untersuchen. Keine Mehrheit fand sich für das in dem Prüfungsantrag genannte Verbot des Linksabbiegens von der Liesl-Karlstadt-Straße in die Forstenrieder Allee. Untersuchen soll die Verwaltung auch, ob die Liesl-Karlstadt-Straße zur Spielstraße gemacht werden kann. Von den 250 Bürgern attackierten einige den BA scharf: Er habe durch sein Festhalten an der umstrittenen und jetzt gescheiterten Planung die längst überfällige Verkehrsberuhigung blockiert. Mehrere Einwohner stellten Anträge. Gefordert wurde etwa, die Aufstufung der Trasse Stäblistraße bis zur Siemensallee rückgängig zu machen. Mehrheitlich angenommen wurde der Antrag der BI Forstenried, „einen größeren Teil des Durchgangsverkehrs am Neurieder Kreisel stadteinwärts zu lenken“, um Forstenried und Nachbarviertel zu entlasten. **B. WENNINGER**